

Naivitäten im Umgang mit Geld

Ich hätte nie geglaubt, dass Leute in der Absicht, ans schnelle Geld heranzukommen, zunächst eigenes Geld förmlich verscherbeln. So hat das Bundesgericht in einem Fall rund um die «afrikanische Internet-Betrügerbande» eben auf fahrlässige Mitverantwortung des Opfers entschieden.

Maximilian Reimann

Wer über Personal Computer und Internet-Zugang verfügt, und das sind in der Schweiz immerhin schon zwei Drittel der Bevölkerung, der ist vermutlich auch schon von der «Nigeria-Connection» kontaktiert worden. Dieser Begriff hat sich für diese Art der Internet-Betrügerei durchgesetzt. Wo die Gauner aber wirklich sitzen und warum sie gerade an die Person X in Suhr oder Y in Zofingen gelangen, bleibt weiterhin ungeklärt. Auch ich werde regelmässig mit solchen Mails eingedeckt. Sie landen unverzüglich im elektronischen Papierkorb. Anders ein Landwirt aus der italienischen Schweiz. Er ist der Bande auf den Leim und dann seiner «Anzahlung» von 11 630 US-Dollars verlustig gegangen.

Verlockender Hilferuf aus Afrika

Am Anfang der Geschichte steht ein verlockender Hilferuf aus Nigeria, Kenia, Sierra Leone oder sonst einem afrikanischen Land. Man sucht mutige Leute, die einem politisch verfolgten Regimegegner, einem Geschäftsmann oder einer hilflosen Diktatorin helfen, ein Millionen-Vermögen ausser Landes oder von einer Schweizer Bank zurück nach Afrika zu transferie-

ren. Als «Lohn» winken meist 10 Prozent des Vermögenswertes. Der Fantasie der Briefschreiber sind keine Grenzen gesetzt. Wer auf das Angebot reagiert, erhält die Anweisung, für Anwalts- und Transferkosten, Steuern oder gar Bestechungsgelder zunächst ein paar Tausend Dollars an eine Gewährsperson, die auch in der Schweiz sein kann, zu überweisen.

Genau das tat der Landwirt aus der Südschweiz. Er witterte einen raschen Millionengewinn und überwies den «bescheidenen Einsatz» von 11 630 Dollar an einen Mittelsmann. Dann hörte er nichts mehr von der anderen Seite. Statt dessen bemühte er die Gerichte bis hinauf zum Bundesgericht, um das Geld zurückzubekommen. Dort bekam er aber zu hören, dass er von den Betrügern wohl arglistig getäuscht worden ist, aber ebenso wegen grober Unvorsichtigkeit mitverantwortlich sei. Wer ein 430-faches Renditeversprechen als bare Münze hinnehme, verletze die eigene Sorgfaltspflicht. Ein Trost für den Landwirt war dann aber immerhin die bundesgerichtliche Feststellung, dass man auch bei Dummheit und Naivität noch durch das Strafgericht geschützt sei. Es nützte ihm aber nichts, denn sowohl die versprochenen Millionen als auch die «Anzahlung» zu deren Transfer blieben verschollen.

Erstaunliche Swisscom-Aktie

Vor etwas mehr als einem Jahr waren Bundesrat und Swisscom für fette Schlagzeilen besorgt. Auf Antrag der Bundesräte Blocher und Merz hatte die Landesregierung der Swisscom den Kauf des irischen Telefonkonzerns Eircom verweigert. In den Medien ging dann das grosse Heulen über die Verschlechterung der Zukunftsaussichten der Swisscom los. Politiker schlossen sich dem Wehklagen an. Die damalige CVP-Präsidentin Doris Leuthard beispielsweise rechnete dem Schweizer Volk vor, mit dem unverständlichen Njet des Bundesrates seien dem Bund auf dessen Swisscom-Aktienbestän-

den Kursverluste von über einer Milliarde Franken entstanden.

Als heutige Volkswirtschaftsministerin darf sich Frau Leuthard freuen, dass genau das Gegenteil eingetreten ist. Die Finanzmärkte hatten schnell erkannt, dass die Swisscom ohne die Eircom als «Mühlstein am Hals» wesentlich besser für die Zukunft gerüstet ist. So hat der Aktienkurs innert 12 Monaten von 390 auf 455 Franken zugelegt, ein markanter Anstieg von immerhin 16 Prozent. Und wenn man noch die inzwischen ausgeschüttete Dividende von 16 Franken einbezieht, resultiert eine Performance auf Jahresbasis von 20 Prozent. Das ergibt für die rund 37 Mio. Swisscom-Aktien, die der Bund in seiner Tresorerie hält, eine Wertvermehrung von 3 Milliarden Franken netto. Kein Hahn kräht heute mehr negativ über den damaligen Swisscom-Entscheid des Bundesrates. Viel mehr hüllen sich die Medien nun in Schweigen. Bei den rund 57 000 Kleinaktionären der Swisscom dagegen herrscht Freude.

Vorerst, so meine ich, ist keine Eile zum Verkauf der Swisscom-Aktien geboten, auch wenn sich das Unternehmen in harter Konkurrenz befindet. Im April ist die nächste Dividende fällig, evt. verbunden mit einer Kapitalrückzahlung. Das könnte den Aktienkurs sehr wohl noch weiter beflügeln.

Aargau (noch) nicht Spitze

Nach der Credit Suisse und der Zürcher Kantonalbank haben auch internationale Rating-Agenturen die Bonität der Schweizer Kantone unter die Lupe genommen. Je besser die Geprüften abschneiden, umso günstiger können sie an den Geld- und Obligationenmärkten Kredite aufnehmen. Natürlich kommen nicht alle Prüfer auf genau dieselben Ergebnisse. Aber summarisch in Gruppen à la Tour de Suisse eingeteilt, ergäbe sich folgendes Bild:

- **Spitzengruppe (AAA)**
Zürich, Zug, Nidwalden, Schwyz, Appenzell AR

- **Erste Verfolgergruppe (AA und AA+)**
Aargau, Appenzell IR, beide Basel-Stadt, Basel-Land, Freiburg, Glarus, Graubünden, Obwalden, Schaffhausen
- **Abgehängte (A)**
Genf, Neuenburg, Waadt, Wallis

Man ersieht aus dieser Auflistung, dass die Kantone mit hoher Steuerkraft, tiefem Steuerniveau und relativ kleiner Verschuldung besonders gut im Rennen liegen. Zu erwarten ist, dass der Aargau nach der gewonnenen Volksabstimmung vom 26. November über das neue Steuergesetz nun bestens gerüstet ist, zur Spitzengruppe vorzustoßen.

PET-Flaschenpfand animiert Gauner

Wer hat sich nicht schon geärgert über die achtlos weggeworfenen Flaschen an Strassen, Plätzen, ja bald überall im Land. Wie kann man das verhindern? Die Schweiz kennt das System der vorgezogenen Entsorgungsgeldgebühr. Der Käufer jeder nicht mit einem Pfand belasteten Flasche und Alu-Dose bezahlt mit dem

Kaufpreis auch ein paar Rappen zur späteren Entsorgung durch die landesweit operierenden Recycling-Organisationen. So können, je nach Grösse und Material der Flaschen und Dosen, 75 bis 90 Prozent der Wiederverwertung zugeführt werden.

In Deutschland hingegen werden seit 2003 alle Flaschen mit einem Pfand belegt, selbst die kleinsten PET-Flaschen. Natürlich ist die Rücklaufquote dadurch höher als in der Schweiz. Aber das ganze hat seinen Preis, nämlich ein gigantisch kompliziertes Rücklaufsystem, verbunden mit einem unverhältnismässig hohen Verwaltungsaufwand. So sind derzeit rund 4,5 Milliarden Euro an Pfandgeldern im Umlauf, auf die natürlich auch die organisierte Kriminalität ein Auge geworfen hat. In Schleswig-Holstein ist beispielsweise eben eine kriminelle Bande aus Litauen gefasst worden, die 150 000 leere PET-Flaschen mit gefälschtem Barcode und Aldi-Logo ins System einschleusen wollte. Wäre der Betrug gelungen, hätten die Gauner gegen 40 000 Euro abkassiert und damit ihren Aufwand um ein Mehrfaches gedeckt.

Leserfragen

Maximilian Reimann



Der Autor ist gerne bereit, auf dieser Seite schriftlich abgefasste Fragen zu beantworten, sofern sie von allgemeinem Interesse sind. Direkte Korrespondenz oder persönliche Beratung sind jedoch nicht möglich.

Aargauer Woche
Kronenplatz 12
5600 Lenzburg
Fax 058 200 58 21
E-Mail agwoche@azag.ch

Deshalb mein Ratschlag ans Schweizer Volk: Man bringe die leeren PET-Flaschen allesamt in die bereitgestellten Sammelcontainer ein. Das erspart unserem Land die Einführung eines aufwändigen Pfandsystems, wie es von Umweltverbänden schon lange gefordert wird.

Nachlese

Aus für den SRG-Kinderkanal?

Der Bundesrat hat überraschend schnell auf das Ansinnen der SRG reagiert, die Empfangsgebühren um 6,5 Prozent zu erhöhen. Gerade 2,5 Prozent wurden dem monopolistischen Medienmoloch zugestanden. Eine Minderheit im Bundesrat wollte überhaupt keine Erhöhung bewilligen. Dieser Entscheid der Landesregierung würde Folgen haben, ertönte es postwendend aus der Chefetage der SRG. Hoffentlich, kann man da nur sagen! Und zu dieser Hoffnung gehört, dass Fernsehen DRS nun auf die Lancierung eines eigenen Programmkanals für Kinder und Jugendliche verzichten muss.

Das ist Honiglecken für jenen Lesers aus Rheinfelden, der vor

ein paar Wochen diesem Ansinnen den Kampf angesagt hatte. Kinder gehören nicht noch mehr vor den Fernseher, sondern zur körperlichen Ertüchtigung vermehrt an die frische Luft hinaus. Dieser Forderung dürften sich zumindest auch jene SRG-Journalisten anschliessen, die jüngst über eine ETH-Studie berichtet hatten, wonach Übergewicht und Fettleibigkeit von Kindern zwischen 6 und 12 Jahren in beängstigendem Ausmass zugenommen haben. Vor 20 Jahren gehörten noch sechsmal weniger Kinder dieser gesundheitlich gefährdeten Kategorie an.

Empfangsgebühren und Landesindex

Auf wie wackeligen Füssen

die Argumentation der SRG für die Gebührenerhöhung um 6,5 Prozent stand, zeigt sich mittlerweile immer mehr. Falsch ist es, einfach den Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise zum Vergleich heranzuziehen. Wegen der Zunahme von Wohnungen und Haushalten wächst bei der SRG die Zahl der Gebührensahler jedes Jahr um einige Tausend. Stark gesunken sind wegen der Kursverluste von Yen und US-Dollar zudem die Kosten jener elektronischen Produktionsmittel, die aus Japan oder den USA stammen. Und zieht man noch die Schuld- und Hypothekenzinsen hinzu, so liegen diese gegenüber dem Jahr 2000, als die letzte Gebührenerhöhung erfolgte, um rund 1,5 Prozent tiefer.